



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Spanier mit Zapateros EU-Politik unzufrieden*

Mit großer Sorge blicken die Spanier auf die hitzig debattierten Haushaltsverhandlungen der EU für den Zeitraum 2007-2013. Für Spanien stehe viel Geld auf dem Spiel und die nationalen Interessen des Landes innerhalb der EU würden nicht stark genug vertreten, so die Befürchtung vieler Spanier. Dies ergab eine Umfrage bezüglich der Europapolitik der Regierung Zapatero, die vom Meinungsforschungsinstitut **Sigma Dos** durchgeführt wurde. Demnach drängen 73 Prozent der Befragten darauf, dass Zapatero die Interessen Spaniens in der EU stärker verteidigen sollte. Dabei fällt ins Auge, dass auch 74,2 Prozent der PSOE-Wähler dieser Ansicht sind; auf Seiten der PP-Anhänger liegt die Zahl bei 81 Prozent. Nachdem der Vorschlag der luxemburgischen Ratspräsidentschaft gescheitert ist und der jetzige britische Vorsitz nun eine Haushaltsreduzierung anstrebt, stellt sich verstärkt die Frage, ab wann Spanien vom Empfänger zum Nettozahler der EU wird. Auf die Frage, wie der spanische Regierungschef bei den Finanzverhandlungen auftrete, erklärten sich lediglich 21,8 Prozent „mehr oder weniger einverstanden“. 28,5 Prozent sind der Meinung, dass die

Verhandlungen „schlecht oder sehr schlecht“ geführt werden. Die Mehrheit der Spanier sieht die Ursache für die Kürzungen der europäischen Subventionen und Hilfen für Spanien in der EU-Osterweiterung. Mit 57,4 Prozent sind über die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass diese Spanien schadet. Bezüglich der Frage des Beitritts der Türkei zur EU sind die Spanier bisher geteilter Meinung. Während 52,4 Prozent einen Beitritt der Türkei befürworten, sehen 41,9 Prozent der Interviewten die nationalen Interessen Spaniens innerhalb der EU durch den Beitritt der Türkei gefährdet. Da in Spanien bisher eine Diskussion über den Türkeibeitritt ausgeblieben ist, könnte die Zahl der Gegner steigen.

### >> *Spanien lehnt britischen Vorschlag für EU- Haushalt ab*

Nach dem von der **britischen Ratspräsidentschaft** vorgelegten Vorschlag für den EU-Haushalt für die Jahre 2007-2013 soll Spanien in den nächsten vier Jahren nur noch 2,8 Mrd. Euro aus dem Kohäsionsfonds



erhalten. Dies hatte Spanien bereits Mitte 2005 abgelehnt. Insgesamt soll der Haushalt 847 Mrd. Euro betragen, was einer Obergrenze des EU-BIP von 1,03 Prozent entspricht. EU-Kommissionspräsident José Manuel Durao Barroso lehnte den Vorschlag als „inakzeptabel und unrealistisch“ ab. Dies sei unfair gegenüber den neuen Mitgliedsländern.

Auch in der spanischen Presse wurde der britische Haushaltsentwurf einhellig kritisch beurteilt. In einem Kommentar in der linksgerichteten Tageszeitung El País hieß es, der Konflikt drehe sich weniger um die Fördermittel, als um die Frage, welche Union denn geschaffen werden soll. „Es besteht eine wachsende Gefahr, dass aus lauter Mangel an Anstrengung Europa als angefettete Freihandelszone in einer globalisierten Welt enden wird, in der jeder nur nach sich selbst schaut“, so der Kommentar. Ein Europa ohne tragfähige politische Strukturen würde jedoch dahinsiechen und eventuell in sich zusammenfallen, warnte El País.

Unterdessen sucht Spaniens Regierung Verbündete für die Haushaltsverhandlungen auf dem EU-Ratsgipfel am 15. und 16. Dezember in Brüssel. **Außenminister Miguel Ángel Moratinos** (Foto) kündigte an, mit Hilfe weiterer EU-Länder, die Mittel aus den Kohäsionsfonds erhalten, den britischen Vorschlag zu revidieren. Man werde am Ende nicht isoliert dastehen, meinte Moratinos, nachdem er sich mit ande-



ren EU-Empfängerländern im Grundsatz über eine einheitliche Strategie geeinigt hatte. Bei einem Treffen mit dem britischen Premierminister Tony Blair betonte Regierungschef Zapatero, Spanien sei zwar gewillt, eine Einigung über den britischen Vorschlag zu erlangen, jedoch nicht um jeden Preis.

### >> **Heftige Kritik auch aus Portugal am britischen EU-Haushaltsplan**

Bei dem Treffen der EU-Ratsaußenminister in Brüssel beklagte auch Portugals **Außenminister Diogo Freitas do Amaral** (Foto) den Vorschlag der Briten für den EU-Haushalt 2007-2013. Der Plan, den „Gürtel enger zu schnallen“, diene lediglich „eigenen Interessen“, betonte der Außenminister. Der Vorschlag sei daher „unrealistisch“ und „egozentrisch“. Die Kürzung um 25 Mrd. Euro im Vergleich zum Luxemburger Vorschlag gehe alleine auf Kosten der ärmeren EU-Länder, kritisierte Freitas do Amaral.



### >> **Verfassungstag von Diskussion über Autonomiestatut geprägt**

Die Feierlichkeiten zum 27. Jahrestag der spanischen Verfassung am 6. Dezember wurden von Sprechern aller Parteien als willkommene Bühne genutzt, um ihre Sicht der Reform des katalanischen Autonomiestatuts darzustellen. Re-

gierungschef **José Luis Rodríguez Zapatero** (Foto) betonte in seiner



Rede anlässlich des Verfassungstags: „In einem Jahr wird Katalonien ein neues Autonomiestatut haben. Das kann ich Ihnen heute schon vorhersagen“. Während die sozialistische Regierung die Autonomiereform unterstützt und den aktuellen Entwurf mit einigen Veränderungen verabschieden will, sieht die oppositionelle Volkspartei den Geist der Verfassung und die Einheit Spaniens bedroht. Der PP-Vorsitzende **Mariano Rajoy** (Foto)



kritisierte dementsprechend in seiner Rede, die Reform des Autonomiestatuts sei der Versuch Kataloniens, einen „konföderierten Staat“ aufzubauen, geboren aus einer „unzeitgemäßen nationalistischen Mentalität“. Nichtsdestotrotz werde seine Partei sich der Mitarbeit im mit dem Projekt befassten Parlamentsausschuss nicht verweigern. Vielmehr wolle man Vorschläge unterbreiten, die für alle Seiten angemessen seien, so Rajoy.

Parlamentspräsident Manuel Marin (PSOE) nutzte die Gelegenheit zu einem eindringlichen Appell an die in der Autonomiefrage völlig zerstrittenen Parteien und rief sie zur konstruktiven Zusammenarbeit auf. Es müsse der Geist von Konsens und Aussöhnung, der vor 27 Jahren die Verfassung inspiriert hätte, wieder belebt werden, um eine für alle akzeptable Reformlösung her-

beizuführen. Ab Februar 2006 beschäftigt sich der Ausschuss für Autonomiefragen des nationalen Parlaments mit dem katalanischen Reformvorhaben.

## >> **Zapatero auf der Suche nach neuen Partnern?**

Am Verfassungstag distanzierte sich der spanische Regierungschef erstmals von seinem wichtigsten parlamentarischen Partner, den katalanischen Linksnationalisten von der ERC, welche die von Zapatero geführte sozialistische Minderheitsregierung unterstützen. In einem Gespräch mit Journalisten betonte der Regierungschef, er sei der ERC für ihre parlamentarische Unterstützung dankbar, einige ihrer Ansichten und Handlungsweisen missfielen ihm jedoch. Nichtsdestotrotz würde er sie respektieren, weil hinter der ERC eine halbe Million Wähler aus Katalonien stünden. Als besonders kritikwürdig bezeichnete Zapatero die Forderungen der ERC, der König solle sich öffentlich für die Opfer des Bürgerkriegs entschuldigen, sowie die jüngsten Demonstrationen der ERC-Nachwuchsorganisationen gegen den konservativ-katholischen Radiosender COPE. Einen von der ERC-Jugend organisierten Protestmarsch gegen die spanische Verfassung, bei dem Teilnehmer demonstrativ Seiten aus dem Verfassungstext herausrissen, bezeichnete der Regierungschef als absurd und despektierlich. Auf die Differenzen mit der ERC angespro-

chen, erklärte Zapatero, man sei sich eben in den Bereichen einig, wo man gemeinsam abstimme und in anderen nicht. Seine Regierung könne mit allen im Parlament vertretenen Gruppen zu Vereinbarungen kommen. Da es keine Koalition mit der ERC gäbe, könne sich die Regierungsfraktion für jedes Gesetz und jede Initiative einen geeigneten Partner aussuchen, was aber nicht automatisch die ERC einschließen müsse, so die deutliche Warnung Zapateros an die ERC. Diese Distanzierung geht einher mit einer Annäherung an die baskischen Nationalisten von der PNV und die gemäßigten katalanischen Nationalisten von der CiU, der Erzrivale der ERC innerhalb Kataloniens. Beide Gruppierungen werden voraussichtlich den Haushaltsentwurf 2006 der Regierung unterstützen. Erst kürzlich hatte CiU-Chef **Artur Mas** der Regierung offiziell seine parlamentarische Unterstützung angeboten, wenn Zapatero an einer festen Vereinbarung und einer stabilen Partnerschaft interessiert sei.

Kenner der politischen Szene äußern die Vermutung, dass die Regierung keinen Partnerwechsel vornehmen wird, solange das katalanische Autonomiestatut nicht in trockenen Tüchern ist. Danach könnten die Karten aber neu gemischt werden. Mit ihrem zunehmend radikal-nationalistischen Getöse wird die ERC für Zapatero als Partner immer unbequemer. Innerhalb der PSOE wächst das Unbehagen, weil die Regierung mit der ERC an ihrer Seite eine allzu leichte

Zielscheibe ist. Für die oppositionelle Volkspartei ist jede neue anti-spanische Eskapade der ERC ein „gefundenes Fressen“, um Zapatero die Gefährdung der nationalen Einheit Spaniens vorzuwerfen. Vor diesem Hintergrund halten viele Beobachter einen Partnerwechsel von der ERC zur gemäßigeren CiU mittelfristig für durchaus denkbar. Auch wenn dies noch nicht aktuell ist, so hat Zapatero zunächst einmal gegenüber der ERC ein Signal gesetzt, dass es Grenzen gibt. Dem Bestreben der katalanischen Linksnationalisten, die Regierung bei jeder passenden Gelegenheit unter Druck setzen, wurde damit fürs erste ein Riegel vorgeschoben.

## >> **Europaabgeordnete mahnt Wiederbelebung des Antiterrorpakts an**



Die sozialistische Europaabgeordnete Rosa Díez (Foto) aus Spanien hat die zwei großen Parteien PP und PSOE aufgerufen, den ETA-Terrorismus wieder gemeinsam zu bekämpfen. „Wenn PP und PSOE im Baskenland nicht zusammenarbeiten, dann werden ETA und ihre Anhänger die Straßen gewinnen“, warnte Díez. Seit dem Bruch des Antiterrorpakts sei die „moralische Unterstützung“ der Basken für die Terroristen gestiegen. Der Antiterrorpakt von 2000 habe damals die ETA geschwächt und den Kritikern der Terrororganisation immer stärkeren Zuspruch in der baskischen Öffentlichkeit verschafft.

Während vereinzelt die Rufe zur Zusammenarbeit der beiden Volksparteien in der Antiterrorpolitik wieder laut werden, nutzte die ETA wie schon in den vergangenen Jahren den spanischen Verfassungstag dazu, mehrere Sprengsätze zu zünden und damit auf ihre Unabhängigkeitsforderungen aufmerksam zu machen. So explodierten in Navarra und der nordbaskischen Provinz Guipuzcoa zwei Bomben; auf den Ringautobahnen der Hauptstadt Madrid gingen fünf weitere Sprengsätze in die Luft. Dabei entstand lediglich geringer Sachschaden; zu Personenschäden kam es nicht. Auch der Flughafen von Santander musste nach einer anonymen Bombendrohung vorübergehend geräumt werden. Bei der anschließenden Durchsuchung wurde ein Sprengsatz entschärft.

### **>> Regierung Zapatero über Rüstungslieferung an Angola uneins**

Nach einem Treffen mit der angolanischen Regierung kündigte der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos an, C-295-Transportflugzeuge des Herstellers EADS-CASA an Angola verkaufen zu wollen. Die Flugzeuge sollen laut Moratinos „nicht zu militärischen Zwecken, sondern zur Erhöhung der Sicherheits- und Verteidigungskooperation“ verkauft werden. Der Deal wäre daher auch mit spanischem Recht vereinbar, nach dem Militärgüter nicht in Entwicklungsländer wie Angola ausgeführt werden dürfen. Weiterhin kündigte der

Außenminister an, Verteidigungsminister José Bono werde in Kürze nach Angola reisen, um die Verhandlungen zu führen. Dieser dementierte aber am nächsten Tag die Äußerungen des Außenministers. Er habe weder für das laufende Jahr noch für 2006 eine Reise nach Angola vorgesehen; überdies beschäftige sich sein Ministerium nicht hauptsächlich mit Rüstungsgeschäften, so Bono. Die Volkspartei nutzte die Gelegenheit, um die fehlende Abstimmung zwischen Außen- und Verteidigungsministerium anzuprangern und kritisierte die Außenpolitik der Regierung Zapatero als „unseriös“.

### **>> Spanien und Marokko errichten Flüchtlingslager**

Nach den Flüchtlingsdramen an der Grenze zu den spanischen Exklaven Melilla und Ceuta einigten sich die beiden Mittelmeerländer nun auf die Errichtung von vier so genannten „Zentren für Aufnahme und Ausbildung“. Dort sollen insbesondere jugendliche Flüchtlinge aufgenommen und auf ihre Rückführung vorbereitet werden. Die von Spanien finanzierten Lager sollen im Landesinnern Marokkos gebaut werden und Platz für jeweils 50 Flüchtlinge bieten. Die für Immigrationsfragen zuständige Staatssekretärin Consuelo Rumí betonte, das Ziel der Regierung sei, so viele Jugendliche wie möglich zurückzuführen. Von humanitären Organisationen wurde zwischenzeitlich kritisiert, dass die

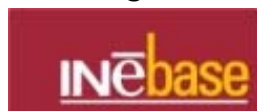
Regierung bei der Einrichtung der Zentren vornehmlich auf Abschiebung und weniger auf humanitäre Hilfe bedacht sei.

## >> **Rückführungsabkommen mit Ghana abgeschlossen**

Auf seiner sechstägigen Afrikareise einigte sich der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos mit dem ghanaischen Präsidenten John Kufuor auf ein Rückführungsabkommen. In den vergangenen zwei Jahren hat sich Ghana geweigert, aus Ghana stammende Flüchtlinge aufzunehmen. Derzeit befinden sich trotz des Legalisierungsverfahrens der spanischen Regierung etwa 2.000 Ghanaer illegal in Spanien. Das Abkommen soll unverzüglich in Kraft treten. Die ersten 25 Ghanaer sollen bereits in der nächsten Woche zurückgeführt werden. Spanien hat im Gegenzug zugesagt, die Entwicklungshilfe für Ghana zu erhöhen.

## >> **Armutbericht 2005: „Ein Fünftel der Spanier lebt in Armut“**

Laut einer Studie des **Nationalen Statistikamtes INE** lebt ein Fünftel der Spanier unter der relativen Armutsgrenze von 379 Euro im Monat. Mit 37 Prozent der Bevölkerung unter dieser Grenze gehört die an Portugal grenzende Extremadura zu den ärmsten Regionen in Spanien. Es



folgen Andalusien (31 Prozent) und Castilla-La Mancha (29 Prozent). Die reichsten Gegenden sind Madrid und das Baskenland, in denen die Armutsrate bei 9,5 Prozent bzw. 11,2 Prozent liegen. Auch Katalonien und Aragon zählen zu den wohlhabenden Regionen in Spanien. Mit Blick auf die Altersgruppen sind insbesondere die Älteren und Jüngeren überproportional stark von relativer Armut betroffen. Rund 30 Prozent der über 65-Jährigen werden in dem Bericht als „relativ arm“ bezeichnet. Die INE-Studie hat auf der Basis des Jahres 2004 ein Durchschnittseinkommen von jährlich 21.551 Euro in Spanien errechnet, wobei Madrid mit rund 25.500 Euro an der Spitze und Extremadura mit rund 16.500 Euro am Schluss der Statistik stehen. Geschlechtsspezifisch betrachtet verdienen Männer in Spanien 17,3 Prozent mehr als Frauen.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Lucía Fariña

Ricarda Otte

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Paseo de la Castellana 167

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)